

Liberale Argumente

Nr. 18 / 29. November 2011 / 17. WP

- **Energiepolitik**

Argumentation gegen den Vorwurf überzogener Netzentgeltbefreiungen (1,1 Mrd. Euro) an Unternehmen:

Der angebliche Skandal wegen Sondervorteilen für die Industrie durch Befreiung von den Netzentgelten Euro ist durch falsche Zahlen skandalisiert worden. Nahezu 80 Prozent der in den Medien genannten eine Milliarde Euro für die Netzentgeltabsenkung entfällt auf Befreiungen, die bereits Rot-Grün eingeführt hat und zwar für Inhaber von Wärmepumpen, von Nachtspeicherheizungen und von Pumpspeicherkraftwerken.

Die wenigen begünstigten Großverbraucher bekommen die Senkung ihrer Netzentgelte nicht geschenkt. Sie müssen gegenüber der Bundesnetzagentur nachweisen, dass sie gegenüber einem typischen Netznutzer das Stromnetz weniger belasten und dadurch die Netzbetriebskosten verringern.

Die Vorwürfe einer übermäßigen Subventionierung der stromintensiven Unternehmen sind aber auch aus anderen Gründen nicht gerechtfertigt. An diesen Unternehmen, hängen rund eine Million Arbeitsplätze in Deutschland.

Wir gleichen lediglich einen verschwindend kleinen Teil der Nachteile durch höhere Energiekosten aus, die für deutsche Unternehmen im Vergleich zu Standorten in anderen Staaten und Erdteilen anfallen. Einen Ausgleich wollen wir auch ab 2013 für solche Industriebranchen einführen, die durch den CO₂-Handel über den Strompreis indirekt mit Mehrkosten belastet werden und im internationalen Wettbewerb stehen. In Amerika, Russland, Indien oder China gibt es keine durch Energie- und Klimapolitik begründete Belastung der Energiepreise durch CO₂-Zertifikate.

Das Thema, wie wir bei harter globaler Konkurrenz die Energiewende ohne eine Abwanderung von Industrie und Arbeitsplätze ins Ausland organisieren können, bleibt auch 2012 auf unserer Agenda.